

Duell um den Schachthron

In Sofia wird heute die Schachweltmeisterschaft eröffnet: Titelträger Anand, der indische Tiger, gegen Herausforderer Topalow, den bulgarischen Löwen. Börse: zwei Millionen Euro. **Seite 2**



Vom Frühling in den Winter?

Vor zehn Tagen gab es in Ungarn einen rigiden Rechtsruck. Kommenden Sonntag sind Nachwahlen. Prognosen sagen für die Fidesz-Partei sogar eine Zweidrittelmehrheit im Parlament voraus. **Seite 3**



Wohnen

Keine Überwachungskamera im Hauseingang / Befristete Arbeitsverträge Teil 2 / Serie Versicherungen Teil 23

Standpunkt

Schwer, vernünftig

Von Andreas Fritsche

Nicht nur von einer schönen Zukunft reden, sondern auch das Leben heute ein wenig erträglicher machen – das ist vernünftig, das sollen und müssen Sozialisten tun. Wenn sie die Chance sehen, dadurch etwas zu bewegen, dann sollten sie in Regierungen eintreten. Was in den Ländern richtig ist, kann im Bund nicht falsch sein. Eine rot-rote Bundesregierung – warum nicht?

Einfacher würde es allerdings nicht werden, sondern schwerer. Denn die Ausrede, die Hände seien wegen der Bundespolitik gebunden, gilt dann nicht mehr. Zudem würde es innerparteilich Streit geben. Das könnte bis zur Zerreißprobe führen. Rot-rote Erfahrungen in den Ländern gewöhnten zwar an den Gedanken. Die Diskussion um Regierungsbeteiligungen ist aber dadurch nicht verstummt. Es dreht sich keineswegs nur darum, ob im Land X oder Y zu wenig herausgeholt, in den Koalitionsverhandlungen eine Kröte zu viel geschluckt wurde. Auch generelle Vorbehalte gibt es weiter.

Mitregieren im Bund – die Idee ist nicht neu. 2002 boten sich die Sozialisten an, Schröder zu stützen, um Stoiber zu verhindern. Das ging schief. Die Partei verfehlte die Fünf-Prozent-Hürde. Vor den Bundestagswahlen 2005 und 2009 stand fest, dass mit der SPD in ihrem damaligen Zustand auf Bundesebene nichts zu machen ist. Hat sich die SPD wirklich verändert? Immerhin, bis 2013 hat sie noch etwas Zeit dafür.

Unten links

Fragen einer Bürgerin an Bundesanwälte: 1. Der ISAF-Einsatz in Afghanistan ist ein »nichtinternationaler bewaffneter Konflikt«. Was machen internationale Streitkräfte dort? Sich den Bauchnabel sonnen? Anfangs hieß es, den internationalen Terrorismus bekämpfen. 2. Es lag »nicht im Vorstellungsbild der Beschuldigten«, dass sich Zivilisten auf der Sandbank aufhielten. Jüngst hatte mein Nachbar ein altes Eisenrohr zu entsorgen und warf es, in der Vorstellung, ich würde mich nicht auf meinem Grundstück aufhalten, übertun. Das Wurfgeschoss verfehlte mich knapp. Zum Glück. Denn er wäre nicht zu verklagen, weil die Folge der Tat außerhalb seiner Vorstellung lag. 3. Die Behörde legitimiert also »einen örtlich eng begrenzten Einsatz mit der kleinsten zur Verfügung stehenden Bombengröße und -anzahl«. Ist eine klitzekleine Atombombe noch zulässig? »Ungeheuer ist viel. Doch nichts ungeheuerer als der Mensch.« (Antigone) Am ungeheuerlichsten sind Bundesanwälte. **ves**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



LINKE will Rot-Rot im Bund

Ostdeutsche Fraktionschefs sehen Regierungsbeteiligung in den Ländern als Weg zum Ziel

Von Andreas Fritsche

Bundeswehr raus aus Afghanistan, Mindestlohn, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, Vorrang für erneuerbare Energien und Residenzpflicht abschaffen – das würden die Linksfraktionschefs von Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gern durchsetzen. Dazu wünschen sie sich 2013 Rot-Rot auf Bundesebene. Der Weg dahin soll über weitere Regierungsbeteiligungen in den Ländern geebnet werden.

»Die Berliner können sich drehen und wenden, wie sie wollen, sie haben immer Brandenburg im Rücken.« Mit dieser launigen Bemerkung konnte Brandenburger Linksfraktionschefin Kerstin Kaiser gestern leicht erklären, warum sie Udo Wolf zur Fraktionsklausur in Bad Saarow dazugebeten hatte. Udo Wolf führt die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und gerade flammte wieder einmal die alte Diskussion über eine Fusion der beiden Länder auf.

Doch auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN in Sachsen-Anhalt, Wulf Gallert, saß gestern neben Kaiser im Bad Saarower Hotel Esplanade. Eine Einladung hatte außerdem Mecklenburg-Vorpommerns Linksfraktionschef Helmut Holter bekommen. Wäre er nicht verhindert gewesen, so hätten all jene Fraktionschefs beisammen gesessen, die Erfahrung mit direkten oder indirekten Regierungsbeteiligungen der Sozialisten haben. Und darum ging es. Kaiser, Wolf, Gallert und Holter wünschen sich nämlich Rot-Rot in mehr als nur zwei Bundesländern. Sie sehen dies als Etappenziel für ein Mitregieren auf Bundesebene ab 2013.

Die Erfahrung zeige, dass Regierungsbeteiligungen der Sozialisten für mehr soziale Gerechtigkeit, für ein zukunftsfähiges Bildungssystem und für eine offenere politische Kultur sorgen, steht in einer Bad Saarower Erklärung, die Kaiser, Wolf und Gallert vorstellten.

Unterwegs im gesperrten Luftraum

Kritik der Pilotenvereinigung Cockpit an den Sichtflugregelungen

Fliegen in gesperrtem Luftraum und Hoffnung auf weitere Entspannung im Flugverkehr: 700 bis 800 Flugzeuge mit Zehntausenden von Menschen an Bord waren am Dienstag über Deutschland unterwegs – trotz der Vulkanasche aus Island und oft auf eigene Verantwortung der Piloten.

Hamburg (dpa/ND). Die Zahl der durchgeführten Flüge betrug allerdings weniger als zehn Prozent der sonst üblichen. Die Deutsche Flugsicherung (DFS) verlängerte indes ihre Sperrungen im Luftraum bis Mittwoch 02.00 Uhr. Eine umstrittene Ausnahmeregelung für Flüge auf Sicht machte den Flugverkehr dennoch in begrenztem Umfang möglich. Dabei lag die Verantwortung nicht bei den Piloten, so DFS-Sprecher Axel Raab.

Insgesamt waren über Europa nach Angaben von Eurocontrol, der europäischen Luftsicherheitsbehörde, rund drei Viertel des Luftraums am Dienstag wieder offen für den Flugverkehr.



Kerstin Kaiser in Bad Saarow: Rot-Rot im Blick

Foto: dpa/Pleu

Holter kenne das Papier und habe es ebenfalls gebilligt, hieß es. In der Erklärung wird auf eine Passage im Entwurf des Parteiprogramms verwiesen, wonach die bundespolitische Ebene entscheidend für einen Politikwechsel sei. Dies kennen die vier Fraktionsvorsitzenden aus ihrem »politischen Alltag«. Aber sie wollen den Verweis auf bundespolitische Hemmnisse nicht als Ausrede dafür benutzen, »dass wir unsere Vorhaben nur begrenzt, manche gar nicht umsetzen können«. Es gehe auch um neue Mehrheiten im Bundestag.

Der rot-rote Berliner Senat stand einige Zeit allein in der Bundesrepublik. Rot-Rot in Schwerin war

schon beendet, bevor Ende 2009 Rot-Rot in Potsdam kam. In Magdeburg tolerierten die Sozialisten in den 90er Jahren Minderheitsregierungen des damaligen Ministerpräsidenten Reinhard Höppner (SPD). Wulf Gallert hofft, dass die LINKE nach der Landtagswahl 2011 in Magdeburg regiert. Er sagte ausdrücklich »regiert«, nicht bloß »mitregiert«. In Umfragen liege die LINKE bei 29 Prozent, die SPD lediglich bei 20. »Da sind die Verhältnisse klar.« Wenn die SPD Rot-Rot nur möchte, falls sie dabei den Ministerpräsidenten stellt, dann sollte man solche Koalitionen lassen, findet Gallert.

Kaiser und Wolf machten an einem Beispiel deutlich, warum ein

Politikwechsel auf Bundesebene notwendig sei. Brandenburg wollte die Beschränkung der Asylbewerber auf einen Landkreis abschaffen. Sie sollten sich wenigstens in Brandenburg und Berlin frei bewegen dürfen, ohne vorher Genehmigungen einzuholen. Der Berliner Senat war dafür, doch das Bundesinnenministerium habe sich gesperrt.

Eine rot-rote Bundesregierung ist die »Lieblingsoption« von Udo Wolf. Es gebe Überschneidungen mit den Grünen. Doch die müssten sich erst einmal entscheiden: Möchten sie soziale Gerechtigkeit durch Rot-Rot-Grün oder neoliberale Dogmen in einer Jamaika-Koalition mit CDU und FDP?



Gedränge am Dienstag auf dem Flughafen Frankfurt am Main

Fo

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hatte am Montagabend nach einer Telefonkonferenz mit den EU-Verkehrspolitikern erklärt, die Fluggesellschaften dürften Passagiere mit kontrollierten – also von Radarlotsen unterstützten – Sichtflügen befördern.

Die Pilotenvereinigung Cockpit kritisierte die Regelung. An der wissenschaftlichen Einschätzung der Gefährlichkeit habe sich nichts geändert, sagte Vorstandsmitglied Jörg Handweg am Morgen dem Deutschlandfunk. »Man hat nur eine juristische Winkelkonstruktio-

on gesucht, um die Flugzeuge in die Luft zu bringen.«

Die am Montag vereinbarte EU-Regelung sieht vor, dass der Luftraum nur noch dort gesperrt wird, wo eine bestimmte Konzentration der Asche überschritten wird. »Wenn die Konzentration das Zehnfache des normalen Wertes beträgt oder überschreitet, wird das betroffene Gebiet gesperrt«, sagte eine Sprecherin der Eurocontrol. Die Konzentration lasse sich mit Satelliten ermitteln, deren Instrumente die Vulkanasche in der Luft nachweisen können. Deutschland lag zunächst an der östlichen Grenze des gesperrten Luftraums. Andere Regionen wie Tschechien, Südpolen und das östliche Österreich waren frei.

Unterdessen schien sich die Basis allen Übels zu entschärfen: Der Vulkan Eyjafjallajökull auf Island stoße Lava und »fast reinen Wasserdampf« aus – und kaum mehr Asche, teilte das Meteorologische Institut in der Hauptstadt Reykjavik mit. **Seite 20**

Endgültig Verzicht auf Bombodrom?

Ministerpräsident Platzeck skeptisch

Potsdam (epd/ND). Nach Medienberichten über den endgültigen Verzicht der Bundeswehr auf eine militärische Weiternutzung des Bombodroms bei Wittstock hat sich Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zurückhaltend geäußert. »Darauf verlasse ich mich nicht«, sagte Platzeck am Dienstag in Potsdam. Auf einen Brief der Landesregierung an das Verteidigungsministerium über die Zukunft des Bombodroms sei bis heute keine Antwort in Potsdam eingegangen.

Die »Märkische Allgemeine Zeitung« berichtet, die Bundeswehr wolle das ehemalige Bombodrom nun vollständig aufgeben. Der Verteidigungsausschuss des Bundestages solle an diesem Mittwoch von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) über die Auflösung des Bundeswehrstandortes Wittstock und des Truppenübungsplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide informiert werden, hieß es weiter unter Berufung auf einen Schriftwechsel zwischen Verteidigungs- und Finanzministerium vom März. Darin werde das Bundesfinanzministerium darüber informiert, dass die Bundeswehrliegenschaften in Wittstock an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übertragen werden sollen.

Das Verteidigungsministerium bestätigte lediglich, dass der Standort Wittstock auf der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses steht. **Kommentar Seite 8**

Kurz

Bundeswehrsoldaten bei Kundus verletzt

Berlin (dpa). Vier Bundeswehrsoldaten sind bei einem Verkehrsunfall im Nordosten Afghanistans teils schwer verletzt worden. Die Männer verunglückten am Dienstag auf einer Fahrt vom Feldlager Kundus nach Feisabad mit ihrem gepanzerten Fahrzeug vom Typ »Eagle IV«, wie das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam mitteilte.

Trawler gekapert

London/Nairobi (dpa). Somalische Piraten haben sich so weit wie nie zuvor nach Osten vorgewagt und dabei im Indischen Ozean drei thailändische Fischtrawler mit insgesamt 77 Mann an Bord gekapert. Die Atalanta-Mission der EU-Marinestreitmacht Navfor teilte am Dienstag auf ihrer Internetseite mit, die Seeräuber hätten die drei Schiffe am Sonntag fast 1200 Seemeilen östlich von Somalia in ihre Gewalt gebracht.

Eine Flasche Bier

Wiesbaden (dpa). Zum dritten Mal in Folge ist 2009 der Bierkonsum in Deutschland gesunken – dieses Mal im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Millionen auf 86,1 Millionen Hektoliter. Jeder potenzielle Biertrinker über 14 Jahre habe damit eine kleine Flasche pro Tag ausgetrunken, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.